

Rede beim 6. Dresdner „Gesprächskreis im Ständehaus“ am 26. Mai 2015 zum Thema:

„Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?“

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung

Herr Präsident, vielen Dank für Ihre freundlichen Worte. Sie haben mich um ein Impulsreferat gebeten. Das heißt: Ich darf frech sein. Ich werde das ausnutzen und versuchen, ein bisschen zu provozieren. Mit Pontius Pilatus und Jesus Christus kann ich nicht mithalten, denn mit der Wahrheit ist das so eine Sache. Aber ich will es wenigstens mit einer Humoreske über Erich Honecker und Helmut Kohl versuchen: Die beiden Staatsmänner haben beschlossen, den Kalten Krieg nicht heiß werden zu lassen, sondern den Wettkampf der Systeme durch einen Wettlauf zu entscheiden. Helmut Kohl gewinnt, und die Bild-Zeitung schreibt: Helmut Kohl ist Erster. Das Neue Deutschland schreibt: Hervorragender internationaler zweiter Platz für Erich Honecker, Helmut Kohl ist Vorletzter.

Was ist Wahrheit?

Gelogen ist es nicht, aber es ist eben auch nicht die ganze Wahrheit. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum wir die Meinungsfreiheit erfunden haben. Wenn die Wahrheit unauffindbar ist, dann brauchen wir nicht bloß einen Prozess, innerhalb dessen wir diskutieren. Wir brauchen einen Marktplatz der Ideen, wie John Stuart Mill es formuliert hat. Wir wissen, dass Meinungsfreiheit konstitutiv ist für eine freiheitliche Demokratie: Jeder muss die Freiheit haben, seine Meinung zu äußern und sich Informationen besorgen zu können, wo er will. Meinungsfreiheit ist ein negatives Freiheitsrecht: Der Staat muss sich einer Bewertung der richtigen Meinung enthalten; er muss sogar auf einen eigenen Wahrheitsanspruch verzichten. Nur der totalitäre Staat versucht, Bürger im Sinne der richtigen Ideologie zu prägen. Es mag ja Geschwätz sein oder dumm – schädlich, wie man heute sagt – oder nicht hilfreich. Aber es gehört sich nicht, dass der Staat das bewertet. Der Staat muss polemische, abwegige, abstruse, geschmacklose Ansichten sogar verteidigen. Die Grenzen finden sich nur im Persönlichkeitsrecht.

Aber wie ist in Deutschland die Atmosphäre wirklich? Ich möchte ein paar Zahlen aus einer zwei Jahre alten Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach vortragen: Rund 30 Prozent der Bevölkerung meinten, man solle besser vorsichtig sein bei dem, was man sagt; immerhin 9 Prozent meinten, man solle seine Meinung nur mit Einschränkungen kundtun; 41 Prozent sagten, es sei besser, sich zu bestimmten Dingen nicht zu äußern. Für eine Demokratie ist das ein verheerendes Ergebnis. Und die Zahlen der geringen Wahlbeteiligungen sind auch ein Reflex des Zusammenspiels zwischen Politik und Medien. Politik und Medien gehören zusammen: Die Medien organisieren den öffentlichen Raum, in dem dann letztlich die Politik um die Mehrheit kämpft.

Urteilsspruch ohne Kenntnis von Sachverhalten

Gestern habe ich bei Google-News zum Fall Tröglitz recherchiert. Es gibt rund 100.000 Einträge, die sich mit dem Attentat auf das Flüchtlingsheim beschäftigen und Fremdenfeindlichkeit zum Thema machen. Das sind 30 Einträge je Bewohner, die es in dieser Stadt gibt. Ich habe lediglich vier Einträge gefunden, die sich damit befassen, dass die Soko „Kanister“ bisher keinen rechtsradikalen Hintergrund entdecken konnte, sondern möglicherweise von dem ausgeht, was man in meiner leichtlebi-

gen oberbayerischen Heimat „das warme Abtragen von Gehöften“ nennt, nämlich einen Versicherungsbetrug. Das ist ein sensationeller Befund. Wir haben ein Urteil gesprochen, ohne die Sachverhalte zu kennen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig spricht davon, dass es ein Fanal sei und dass wir nicht nachlassen sollen im Kampf gegen die Rechtsradikalen, und Volker Kauder sieht darin einen Anschlag auf den Rechtsstaat. – Vielleicht ist es ein fieser, mieser, krimineller Versicherungsbetrug – aber eben auch nicht mehr.

Das erinnert mich ein bisschen an den Fall Sebnitz im Jahr 2000, bei dem der Tod eines Kindes zu einem rassistisch motivierten Mord stilisiert wurde. Der Vorfall konnte letztendlich nicht ganz aufgeklärt werden. Vermutlich war es ein Herzklappenfehler. Jedenfalls hat der Journalist Rainer Jogschies von handwerklichen Fehlern und vom Kampagnencharakter der Berichterstattung gesprochen. Und dieser Stadt Sebnitz geht es, glaube ich, immer noch nicht wirklich gut in der Seele. Wir reden also nicht mehr von Fakten, sondern von Unterstellungen. Jogschies hat das Wort „Emotainment“ geprägt: Wir berichten nicht mehr, sondern wir versuchen, auf der emotionalen Ebene zu unterhalten mit Sachverhalten, die eigentlich keine Unterhaltungssendung wert sind, sondern die eine Veranstaltung höchster politischer Qualität sind.

Thomas Löffelholz, ehemals Chefredakteur der Welt und der Stuttgarter Nachrichten, hat mir kürzlich gesagt, er wolle mit der Branche nichts mehr zu tun haben, weil es nicht mehr um Nachrichten gehe, sondern um Interpretationen. Und diese Interpretationen sind gesteuert aus politischen, emotionalisierenden und manipulativen Absichten. Der Medienwissenschaftler Neil Postman hat schon 1985 anlässlich der Eröffnung der Frankfurter Buchmesse gesagt, wir amüsierten uns zu Tode. Aber der Begriff des Amusements hat längst die Unterhaltungsshow verlassen und die politische Berichterstattung okkupiert.

Ausländerfeindlichkeit in Deutschland?

Ich will ein kleines Beispiel anführen. BBC World meldete seinerzeit: In Den Haag wurde der niederländische Politiker Geert Wilders vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Die Tagesschau meldete: In Den Haag wurde der islamfeindliche und rechtspopulistische Politiker Geert Wilders vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Ist diese Information Wahrheit in ihrem Sinne oder schon Manipulation? Ich glaube, dass es hier schon einen ersten Befund gibt. Ich habe den Eindruck, dass große Teile der Medien in Deutschland eigentlich ein zu tiefes Misstrauen ihren Lesern, ihren Zuschauern, ihren Zuhörern, ihrer Bevölkerung gegenüber haben und das auch zum Ausdruck bringen. Nach den Geschehnissen in Sebnitz schrieb eine Zeitung: Es war kein rassistischer Anschlag, aber es hätte einer sein können. Also und gewissermaßen auf die Spitze getrieben: Wenn die Fakten ums Verrecken nicht passen, wir machen sie schon passend.

Der Publizist Sascha Lobo hat nach Tröglitz den Begriff „Latenznazi“ erfunden, das ist der unbewusste Rechtsextreme (<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sascha-lobo-ueber-pegida-der-latenznazi-a-1008971.html>). Sie wissen also noch gar nicht, dass Sie rechtsextrem sind, aber latent sind Sie es schon. Und als Beweis hat er in „Der Spiegel“ drei Punkte angeführt. Einer der Punkte war die Ausländermaut. Ich komme gerade aus Österreich und habe mich auch geärgert, dass ich da Maut zahlen muss. Aber als ausländerfeindlich habe ich die Einführung der Autobahnmaut nicht wahrgenommen. Es ist ein Erziehungsmuster, das auch vom mangelnden Respekt gegenüber den eigenen Lesern zeugt. Die Leser müssen umerzogen werden, weil sie falsch gepolt sind. Dadurch entstehen ganz bestimmte Muster in der Berichterstattung, sodass wir häufig von Ausländerfeindlichkeit sprechen.

Renate Köcher vom Allensbacher Institut für Demoskopie hat dieser Tage in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung jedenfalls keine generelle Ablehnung von Asylbewerbern feststellen können (vgl. „Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung“, <http://www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/veroeffentlichte-studien.html>). Sie hat sogar betont, dass sich – im Gegenteil – seit den Jahren der ersten großen Asylbewerberzahlen Mitte der 1990er Jahre die Bevölkerung ausgesprochen positiv zu Asylbewerbern bekennt. Und 66 Prozent der Leute sagen, sie hätten gern mehr Kontakt zu Asylbewerbern. Also eine ausgesprochene Ausländerfeindlichkeit auf breiter Front sieht anders aus. Ich komme aus einer Stadt – ich lebe in Frankfurt –, in der zwei Drittel der Grundschul Kinder Migranten sind. Und das hat durchaus positive Auswirkungen. Die kroatische und portugiesische katholische Kirchengemeinde ist die aktivste. Sie füllt jeden Sonntag zweimal den St.-Bartholomäus-Dom, den Dom der Kaisergründung, während die einheimischen Katholiken nur noch aus dem bestehen, was man als leises Häuflein von Betschwestern verstehen kann.

Political Correctness führt zur Sprachzensur

Trotzdem sollten wir darüber nachdenken und darüber diskutieren, wie wir mit Flüchtlingen umgehen. Welche Sprache und welche Bilder verwenden wir in dieser Thematik? Ich selbst bin in dem Fall völlig unverdächtig. Ich habe in den 1990ern ein Buch geschrieben mit dem Titel „Ausländer rein! Warum es kein Ausländerproblem gibt“. Aber ich habe das Gefühl, dass wir über dieses Feld nicht mehr offen diskutieren, sondern dass die Meinung desjenigen, der ein problematisches Thema anspricht, a priori abgewertet wird. In den letzten 20 Jahren ist eine Art Sprachzensur entstanden, die die Überschrift trägt: Political Correctness. Es ist eine gesteuerte Tendenz zur Sprachzensur, die sich massiv verstärkt und einschüchternd wirkt. Man hört auf, frei zu reden.

Ich habe dazu einen aktuellen Fall gefunden, der ein anderes Feld aufgreift, das ebenso schwierig zu verhandeln ist wie der Umgang mit Asylbewerbern oder Ausländern: Es geht um die Homo-Ehe. Sie wissen, dass am Wochenende in Irland die völlige Gleichstellung von homosexuellen Ehen mit – und jetzt sage ich schon ein gefährliches Wort: – normalen Ehen beschlossen wurde. Sie merken schon, ich komme sprachlich ins Schlingern. Und heute schreiben die Kollegen der FAZ, dass die alten Autoritäten, die Kirche in Irland, diesen Kampf verloren haben, weil die Hüter der Tradition auch ihre Sprache verloren haben. Kaum war das Ergebnis des Referendums bekannt, lief die Kampagnenmaschine derer an, die selbst den Begriff der Homo-Ehe für diskriminierend halten. Das heißt jetzt „Ehe für alle“. Die Verfechter der klassischen Ehe hingegen haben es offenbar akzeptiert, sich in eine Nische zurückziehen zu müssen, in der nur hinter vorgehaltener Hand über die erstaunlich weit verbreitete Tradition geredet wird, dass Mann und Frau dazugehören, um ein Kind zu zeugen. Geht es nach dem sogenannten Gender-Mainstreaming, also nach der offiziellen Richtschnur von Universitäten, Ministerien und wohl bald von Schulen, ist auch das – die Berufung auf die Natur – schon ein Zeichen latenter Homophobie. Der anders Denkende wird für krank erklärt.

Errungenschaften der Zivilgesellschaft werden von innen zerstört

Homophobie, Islamophobie, Rassismus und Frauenfeindlichkeit sind Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Wie weit das geht, zeigt ein Fall, der sich letzte Woche zugetragen hat. Der Vater zweier Töchter hat sich Rat suchend an die „Kummerkastentante“ einer Zeitung gewandt mit der Frage, ob es richtig sei, wenn er seine 7- und 8-jährigen Töchter als Blumenkinder bei der homosexuellen Eheschließung seines Bruders zur Verfügung stelle. Das ist ja eine Frage, die man so oder so beantworten kann. Aber offensichtlich ist das für den Mann und seine konservative Weltanschauung

ein Problem. Die Dame hat ihm sehr höflich davon abgeraten, er solle lieber vorher mit seinen Kindern darüber sprechen und sie entsprechend informieren. Die Dame ist gefeuert worden. Volker Beck, der Politiker der Grünen, hat sogar der Frau, die die Kampagne gegen die „Kummerkastente“ organisiert hat, zu ihrem Erfolg gratuliert. Ich habe mir die Kampagne angeschaut: Sie war so voller Schimpfwörter, dass ich trotz meiner Impulse, die ich zu geben habe, lieber darauf verzichte, sie zu benennen. Sie stammen alle aus dem Wörterbuch des Unmenschen, der übrigens geschlechtsneutral ist.

Islamophobie wurde von den Revolutionären und von Ayatollah Chomeini im Iran geprägt. Die Konferenz islamischer Staaten – übrigens eine Gruppe, in der sich auch ziemlich reaktionäre, undemokratische und unanständige Länder befinden – will, dass Islamfeindlichkeit antisemitischer und rassistischer Hetze gleichgestellt wird. Das ganze Geschehen ist nicht unbedingt widerspruchsfrei. Die Unterdrückung der Frau, Belästigung von Frauen und übrigens wirklich ausgeprägte Homophobie sind gängige Muster in islamischen Communitys, wenn auch nicht in allen. Es ist bedenklich, wenn das Kopftuch als politisches Statement zugelassen wird und wir gleichzeitig die Kreuze abhängen. Die Errungenschaften der Zivilgesellschaft werden von innen zerstört.

Für uns Journalisten lautet die Frage: Warum machen wir da eigentlich mit? Denn eines ist klar: Wir leben in einem der freiesten Länder der Welt. Ich habe noch nie erlebt, dass mich die Regierung ernsthaft einschüchtern wollen. Und ich habe wirklich schon viel erlebt, auch, dass es viele Rechtsprozesse gibt, von denen man manche auch verliert. Das gehört eben dazu: Meinungskampf beinhaltet nicht nur das Wort Meinung, sondern auch Kampf. Evelyn Roll, eine Kollegin der Süddeutschen Zeitung, spricht von einer freiwilligen Gleichschaltung. Selbst Bundesaußenminister Steinmeier spricht von einem Konformitätsbruch in den Köpfen, der die Berichterstattung gerade nicht so macht, wie sie gefordert ist, nämlich vielfältig und kontrovers, sondern vergleichsweise einstimmig. Irgendwie scheint also doch Honecker gesiegt zu haben.

Journalisten als Rudeltiere

Das zieht sich durch viele Bereiche. Kürzlich war der Jahrestag der Katastrophe von Fukushima. Ich habe im ARD-Nachtmagazin gehört, dass der Atom-Gau in Fukushima über 18.000 Menschen das Leben gekostet hätte und dass seither nach der Energiewende der Strom reichlich und billig fließe. Gleich zwei gravierende Fehler in einem Satz. Aber woher kommt das? Ich möchte als Erklärung hierzu ein paar Thesen vortragen:

- Journalisten pflegen heute oft eine Art Hinrichtungsjournalismus. Dabei wird nicht versucht, den Menschen Ausdruck zu verleihen, sondern vielmehr, sie bewusst misszuverstehen, Aussagen zu verkürzen und aus dem Zusammenhang zu reißen, um die Menschen negativ vorzuführen. Das schafft Schlagzeilen. Und die Gegenreaktion ist, dass sich Menschen, die befragt werden – so sie nicht einfache Bürger sind, sondern Politiker oder Unternehmer –, hinter Schutzwällen von Anwälten und PR-Agenturen verbergen, was die Sache für Journalisten nicht leichter macht.

- Erfolg versprechend ist auch immer eine Skandalisierung. Hier kommen wir zu den Fällen Sebnitz und Türklitz. Meinung überdeckt Fakten, denn Fakten stören nur. Ich glaube, dass Journalisten Gefahr laufen, sich zum Handlanger der Mächtigen zu machen. Einerseits muss man als Journalist den Mächtigen nahe sein, sonst erfährt man nichts; dann steht man nur draußen vor der Tür. Andererseits sollte man eine gewisse Distanz halten. Nähe setzt aber ein Mindestmaß an Zustimmung voraus. Deswegen teilen Journalisten den Spin, die Drehung, die Politiker den Ereignissen häufig geben.

■ Ich habe eine negative Entwicklung beobachtet, seit die Regierung von Bonn nach Berlin umgezogen ist. Das politische Bonn war verglichen mit Berlin ziemlich groß: Es hat sich über 35 km erstreckt. Das politische Berlin hat dagegen einen Durchmesser von nur zwei Kilometern: vom Restaurant Borchardt bis zum Café Einstein. Da trifft man sich ständig und rund um die Uhr. Und natürlich führt eine so kleine Community dazu, dass man beginnt, die Ansichten zu teilen. Und da die Journalisten wiederum ihre Kollegen, ihre Alphiere sehen, versuchen sie natürlich, den Leitwölfen der politischen Meinung nachzulaufen. Dann entstehen solche Dinge, wie sie der frühere Bundespräsident Christian Wulff erfahren hat. Man mag ihn mögen oder nicht, aber eines war er nicht, nämlich korrupt. Aber dafür musste er zurücktreten.

■ Journalisten haben diese gemeinsame Sichtweise, weil sie häufig bestimmte Werte teilen und versuchen, diese zu transportieren. Das Teilen bestimmter Werte kommt daher, dass man meistens aus demselben Milieu stammt, und es kommt auch daher, dass sich seltsamerweise deutsche Journalisten sehr stark als Meinungslenker verstehen. Frau Köcher hat kurz nach dem Mauerfall eine Untersuchung durchgeführt, in der sie ostdeutsche Journalisten mit westdeutschen verglichen hat und dann wiederum mit englischen und amerikanischen. Es stellte sich heraus, dass die Kollegen in Großbritannien und Amerika sehr viel faktenorientierter vorgehen. Für sie stehen die News im Vordergrund, für deutsche Journalisten – in Ost und West, trotz unterschiedlicher Systeme – der Spin, die Meinung, das Verändern einer Position.

■ Journalisten wollen in der Gruppe geachtet werden, sie fürchten, allein zu sein. Wenn es gefährlich wird, ist ein Schwarm besser. Fischschwärme bilden sich, weil die Wahrscheinlichkeit für den Einzelnen geringer wird, vom herunterstürzenden Reiher erwischt zu werden. Schwarm bedeutet also, dass man die Gefahr reduziert, abseits zu stehen oder gar Kritik einstecken zu müssen. Dieser Gruppendruck führt zum Wolfsrudel, übrigens ein Begriff des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, der aus dem eher gemütlichen Mainz kommend in Berlin vorgeführt wurde. Aus der Sorge, etwas zu verpassen, jagen die Medien heute mehr als je zuvor in einem Rudel. In diesem Modus sind sie wie ein wildes Tier, das Menschen und ihre Reputation einfach in Stücke reißt.

Der Pressekodex behindert die korrekte Information

Wir haben im Pressekodex eine Formulierung gefunden, die uns verbieten soll, bestimmte als rassistisch zu interpretierende ethnische Merkmale bei der Täterbeschreibung zu verwenden. Das war vielleicht in einer bestimmten Zeit vernünftig. Aber heute führt es dazu, dass wir Sachverhalte nicht mehr benennen können. Das ist das eine, aber das andere ist, dass die Menschen das spüren und über Journalisten lachen. Und Lächerlichkeit ist das tödlichste Momentum, das man kennt.

Ich möchte Ihnen von zwei Fällen berichten. Erstens: In Westdeutschland gab es eine rätselhafte Schlägerei vor einer Polizeistation, bei der ein Polizist schwer verletzt wurde. Es war eine seltsame Berichterstattung, man konnte sie nicht so richtig interpretieren. Der Sachverhalt war, dass eine arabische Großfamilie eines ihrer Mitglieder befreien wollte. Aber der Verzicht auf die Benennung dieses Zusammenhangs hat die Geschichte unerzählbar gemacht. Zweitens: Kürzlich habe ich in der Tageschau eine auch für mich rätselhafte Nachricht gesehen. Da wurde ein „Ehepaar“ von einem Sondereinsatzkommando hochgenommen. Das Ehepaar war beim Bombenbasteln erwischt worden. Und immer war von einem „Ehepaar“ die Rede. Irgendwie hat mich diese Nachricht mehr verwirrt, als dass sie mich aufgeklärt hätte – bis ich festgestellt habe, dass die Dame des Hauses eine Burka trug.

Wenn sich Menschen abwenden, dann verlieren wir das, was wir brauchen, nämlich das gemeinsame Gespräch, die gemeinsame Debatte, die gemeinsame Diskussion, auch den gemeinsamen Streit, die Auseinandersetzung. Ich beanspruche nicht, die Wahrheit zu postulieren. Ich möchte vielmehr mit Ihnen diskutieren in der Hoffnung, dass ich am Ende klüger bin. Und vielleicht gefällt es auch Ihnen, die eine oder andere Meinung oder Sichtweise von mir in Ihre Gedanken einfließen zu lassen. Wir leben aber auch in einer Zeit der neuen Medien, und das Wesen dieser neuen Medien ist vielfach noch nicht verstanden worden.

Im Zeitalter der neuen Medien

Ein Merkmal der neuen Medien ist: Ab sofort wird zurückgeschrieben. Früher war Journalismus eine Art autoritäre Angelegenheit: Ich predige, und Sie hören zu; Sie können mir allenfalls einen Leserbrief schreiben, aber der stört mich nicht und landet im Papierkorb, wenn er mir nicht behagt. Aber heute sind Leser dazu nicht mehr bereit. Früher war bei einem Leserbrief im Zweifelsfall wieder gerade keine Briefmarke mehr im Haus; heute schreibt es sich dagegen schnell. Das führt natürlich auch dazu, dass beleidigend und obszön geschrieben wird, das will ich alles nicht verherrlichen. Aber die autoritäre Art des Journalismus, der „Kathederjournalismus“, der ist zu Ende.

Das bedeutet wiederum, dass sich im Internet eigene Gruppen bilden, es bildet sich eine Gegenöffentlichkeit. Wir haben aber mittlerweile über 300 Jahre gebraucht, in denen wir das entwickelt haben, was wir öffentliche Meinung nennen. Wir haben ein Instrumentarium entwickelt, um mit dieser veröffentlichten Meinung als Teil des politischen Diskurses umgehen zu können. Das heißt, es entwickeln sich einzelne Stämme, die wir gar nicht mehr verfolgen können. Die Gesellschaft droht, in unterschiedliche Gruppierungen zu zerfallen, die untereinander, aber nicht mehr miteinander reden. Werte, Gespräche und Diskussionen entfallen. Es ist kein Vorgang, den wir im Neudeutsch mit Inklusion umschreiben könnten.

Ich habe das Gefühl, dass die Grenzen dessen, worüber gesprochen werden darf, enger gezogen werden, dass die Freiheit des Wortes verfällt. Ich habe kürzlich als Beweis dafür, dass jemand eine bestimmte Gesinnung hat, gelesen, dass er in einer bestimmten Zeitung ein Interview gegeben habe. Nun bin ich als Journalist der Überzeugung, dass es keine Sünde sein kann, wenn ich sage: Kommen Sie in meine Kirche, ich gehe auch gern in Ihre und mache Sie katholisch. Die Sünde ist vielmehr, jemanden schon dafür, dass er irgendwo spricht, zu verurteilen. Und es steht im strengen Widerspruch zu Artikel 5 GG, der auch die Freiheit der Informationsbeschaffung garantiert. Nicht nur die Meinungsäußerung steht mir frei, sondern auch, mich zu informieren, wo ich will. Ich habe manchmal das Gefühl, manche Medien und Zeitungen haben beschlossen, sich neue Leser zu wählen. Denn die, die sie haben, sind ihnen zu dumm.